

EVN AG, Postfach 100, 2344 Maria Enzersdorf

E-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Kontakt Streibl Lukas
Telefon +43 2236 200-15877
Datum Maria Enzersdorf, 10.02.2026

Stellungnahme zur Konsultation V EPV 02/25

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Netzreserve bildet das Rückgrat der Versorgungssicherheit in Österreich. Gleichzeitig steht der bestehende thermische Kraftwerkspark vor einer Phase notwendiger effiziente Investitionen (Bestands-, Ersatz- und Neuinvestitionen), um auch künftig ausreichend und flexible Kapazitäten für Engpassmanagement und Systemstabilität verfügbar zu halten.

Der vorliegende Verordnungsentwurf adressiert diese Herausforderungen jedoch nicht hinreichend, sondern schafft Regelungen, die die Situation verschärfen, anstatt sie zu verbessern. Insbesondere verschärfte Stilllegungs- und Stilllegungsverbotsmechanismen sowie ein potenziell kostenbasiertes Verfahren mit unklarer bzw. verspäteter Kostenfeststellung erhöhen wirtschaftliche Risiken, erzeugen Unsicherheit für Kraftwerksbetreiber und gefährden so Standorte und die allgemeine Versorgungssicherheit.

Ad Anzeigepflichten (§ 3)

- Stilllegungsanzeigen ab 1 MW sehen wir kritisch (großer Aufwand, und praktisch schwierig umzusetzen, überschießend)
- Der administrative Aufwand wäre deutlich erhöht, da mehr Anlagen unter die Meldepflicht fallen. Die Umsetzung der SOGL-DAV und der sich dort ergebenden Komplexität und Umsetzungsgeschwindigkeit sind unrealistisch. Da von der Meldung Anlagen umfasst wären, die flexibel eingesetzt werden könnten, sind für die Planung die langen Vorlaufzeiten hinderlich und stillgelegten Anlagen muss es möglich sein unkompliziert aus der Stilllegung zu optieren. Wenn die Meldepflicht auf 1 MW ausgeweitet wird, werden auch Anlagentypen betroffen sein, die für die Netzreserve ungeeignet sind.
- Zudem ist wohl anzunehmen, dass sich die verschärften Stilllegungspflichten und potenzielle Stilllegungsverbote negativ auf den Investitionsstandort Österreich auswirken und letztlich negativ auf den freien Wettbewerb und Versorgungssicherheit auswirken.

Ad Jährliche Ausschreibung (§ 4)

- Die vorgesehene 150%-Schwelle von Stilllegungsanzeigen zu festgestelltem Bedarf für die Durchführung einer marktbasierten Ausschreibung wirkt sachlich nicht nachvollziehbar begründet und damit in der derzeitigen Ausgestaltung willkürlich bzw. intransparent. Ohne offen gelegte, nachvollziehbare Begründung ist weder ersichtlich, warum gerade 150 % erforderlich sein sollen, noch ob dieser Wert verhältnismäßig ist.
- Auch wenn ausländische geeignete Anlagen grundsätzlich teilnahmeberechtigt sind, knüpft § 4 die Durchführung der marktbasierten Ausschreibung ausschließlich an das Erreichen einer 150%-Schwelle gemeldeter Stilllegungen. Da diese Stilllegungsanzeigen aus der nationalen Anzeigepflicht nach dem ElWG stammen, werden ausländische Anlagen in dieser Schwellenlogik faktisch nicht erfasst. Wird dieser Schwellenwert als Trigger herangezogen, wird damit implizit davon ausgegangen, dass ausländische Kapazitäten für das Zustandekommen einer marktbasierten Ausschreibung keine Rolle spielen - das ist sachlich nicht nachvollziehbar und erscheint faktisch diskriminierend wirkend gegenüber ausländischer Teilnahme.
- Im Sinne der Gleichbehandlung aller Marktteilnehmer muss sichergestellt sein, dass nur Produkte mit gleicher Laufzeit verglichen werden. Es bestehen völlig andere wettbewerbliche Voraussetzungen für Gebote mit Jahreslaufzeit vs. mit Monatslaufzeit. Der Vollständigkeit halber ist auch festzuhalten, dass die Angebotsparameter auch genau definiert sein müssen, da andernfalls – neben einer mangelnden Gleichstellung – auch die Transparenz der gesetzlichen Regelungen in Frage zu stellen wäre.

Ad Stilllegungsverbot (§ 6)

- Für den Fall eines kostenbasierten Verfahrens bzw. eines Stilllegungsverbots sieht das Regime eine weitreichende Kostenoffenlegung und -prüfung der Teilnehmer vor. Gleichzeitig sind ausländische geeignete Anlagen grundsätzlich zugelassen. Aus der derzeitigen Verordnung ist jedoch nicht ersichtlich, wie diese kostenbasierte Prüfung samt Offenlegung der Kosten auf ausländische Teilnehmer angewendet werden soll; die einschlägigen Regelungen erscheinen insoweit nicht definiert und unklar. Dadurch droht eine faktische Ungleichbehandlung zwischen inländischen (voll kostenprüfbaren) und ausländischen (praktisch nicht oder anders prüfbaren) Teilnehmern.
- Eine Teilnahme muss und kann nur unter angemessener Vergütung möglich sein, die Ersatz- und Investitions- und Finanzierungskosten miteinschließt, sowie alle Kosten, die zur Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft erforderlich sind. Eine Nichtanerkennung kommt einem Eingriff in die Erwerbsfreiheit oder faktisch einer teilweisen Enteignung sehr nahe und ist daher bei verkürztem Kostenersatz unverhältnismäßig und würde folglich einer verfassungsrechtlichen Überprüfung uE nicht stand halten.
- Eine langfristige Versorgungssicherheit wird durch die hier getroffenen Regelungen de facto grundlegend gefährdet. Die Anbieter werden durch einen zu geringen und verspäteten (siehe unten) Kostenausgleich wirtschaftlichen Risiken ausgesetzt, welche letztlich die Aufrechterhaltung der Betriebsfähigkeit verunmöglichen.

- Die Abgeltung muss analog zum regulierten Netzbereich erfolgen, da eine regulierte Erzeugung die Folge ist.
- Die Formulierung „angemessene Frist“ scheint im Hinblick darauf, dass Gesetze ausreichend bestimmt sein müssen, problematisch und potenziell verfassungswidrig. Es ist dringend anzuraten die Frist für die Feststellung des Kostenersatzes näher zu spezifizieren bzw. zumindest einen Maximalzeitraum festzulegen.
- Es ist für Kraftwerksbetreiber nicht akzeptabel und existenzgefährdend, dass die Kosten für die Vorhaltung – welche bereits vorab abgeschätzt sind – gänzlich erst zu einem späteren undefinierten Zeitpunkt abgegolten werden sollen. Dies schafft neben der Tatsache, dass Kraftwerksbetreiber in Vorleistungen gehen, Unsicherheit, Unplanbarkeit und Liquiditätsengpässe die letztlich nicht vom Gesetzgeber intendiert sein können und den Fortbestand von Unternehmen und Standorten gefährden

Freundliche Grüße

EVN AG